



BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
SEPP DÜRR
Bündnis 90/Die Grünen
Politik, Forschung, Kultur

Dr. Sepp Dürr • Dorfstraße 8 • 82110 Germering

Maximilianeum
81627 München
Telefon (089) 41 26-27 33
Telefax (089) 41 26-14 94
sepp.duerr@gruene-fraktion-bayern.de

Dorfstraße 8
82110 Germering
Telefon (089) 84 05 82 22
Telefax (089) 84 05 82 24
www.sepp-duerr.de
info@sepp-duerr.de

Neonazis konsequent bekämpfen – der Innenminister muss endlich handeln!

24. Januar 2012

Die Serie von Morden durch eine rechtsradikale Terrorgruppe hat die Bevölkerung auch in Bayern tief erschüttert. Die Menschen sind entsetzt darüber, dass so etwas möglich war, ohne dass die bayerischen Sicherheitsbehörden etwas mitbekommen haben. Die Befürchtungen sind groß, dass noch mehr Morde und Gewalttaten passieren könnten, und nicht nur die Eingewanderten und ihre Angehörigen machen sich große Sorgen, dass der Staat sie wieder nicht ausreichend vor gewalttätigen Neonazis schützt.

Die Bayerische Staatsregierung und Innenminister Herrmann tun jedoch nichts, um diese Befürchtungen zu widerlegen. Bayerische Neonazis tun alles dafür, um sie zu schüren.

Der bayerische Innenminister: wort- und tatenlos

Innenminister Herrmann hat bisher nichts getan, um aufzuklären: Zu den Hintergründen der Mordserie hat er sich seit November überhaupt nicht geäußert, zu den Gefahren durch aktive rechtsextreme Gewalttäter nur äußerst unzureichend. Offenbar hat er diese Bedrohung bisher nicht wirklich erkannt. Denn er wähnt „die Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten in Bayern in etwa auf Vorjahresniveau“ und im „Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre“.

Diese Einschätzung kann niemand beruhigen. Denn es gibt erhebliche Zweifel an den offiziellen Angaben:

- In zu vielen Fällen ist wie bei der Mordserie der rechtsextreme Hintergrund erst im Nachhinein bekannt bzw. offiziell anerkannt worden.
- Es gibt zu viele Beispiele dafür, dass zivilgesellschaftliche Akteure oder Medien auf rechtsextreme Aktivitäten hingewiesen haben, die Behörden unbekannt waren.
- Die Auskünfte des Innenministers sind zu unpräzise: Er kann weder zur Schwere der Delikte etwas sagen noch darüber, in welchen Fällen es zu Ermittlungen und Verurteilungen kam.

Nach Bekanntwerden der Mordserie hat der Innenminister von einer „neuen Dimension terroristischer Gewalt“ in unserem Land gesprochen. Doch diese Gefahren sind nicht neu, sie wurden nur in ihrer Dimension bagatellisiert. Zur Verharmlosung kommt leider auch noch eine Wahrnehmungsblindheit gegenüber rechtsextrem motivierten Taten und Einstellungen.

Die Mordserie ist nur der Höhepunkt einer rechtsextremen Strategie zunehmender Gewalttätigkeiten.

Neue Dimension rechter Gewalt

Innenminister Herrmann erkennt nicht, was die Stunde geschlagen hat. Denn es gibt viele Hinweise darauf, dass die Gefahren, die von rechtsextremen Gewalttätern ausgehen, wesentlich größer sind als von der Staatsregierung wahrgenommen, dass sich eine „neue Dimension“ rechtsextremer Gewalt auch bei den Aktivitäten bayerischer Neonazis zeigt. Deshalb haben wir eine Reihe von Anfragen gestellt.

1. Neonazis unter Waffen

Nach Angaben der Bundesregierung wurden allein in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt 811 Waffen bei Rechtsextremisten sichergestellt, darunter insgesamt 15 Faustfeuerwaffen und 40 Spreng- und Brandvorrichtungen. Auch in Bayern sehen Bürgerinnen und Bürger Waffen in den Händen von Rechtsextremisten zunehmend als Bedrohung an.

Beunruhigend sind etwa Waffenfunde, die Behörden in Bayern gelegentlich machen. Nicht immer wird bei Waffenfunden ein existierender rechtsextremer Hintergrund erkannt – und nicht immer werden die Aktivitäten dieser verharmlosend „Waffennarren“ Genannten danach unterbunden. Im November haben wir etliche Beispiele genannt. Aber Innenminister Herrmann hat bis heute nicht versucht, Licht ins Dunkel zu bringen und konsequenter zu Werke zu gehen.

Vor zwei Wochen berichteten Medien über die sogenannte „Jagdstaffel D.S.T.“. Report München berichtete am 10.01.2012 u.a. über ein Führungstreffen der „Jagdstaffel“ am 25.12.2011 in München, Schießübungen in Tschechien von Gruppenmitgliedern, die überwiegend wegen Gewaltdelikten polizeibekannt seien, und eine ominöse Waffenfirma DoBaTec. Die Süddeutsche Zeitung (12.1.11) fragte: „Wollen sich Münchner Neonazis in der Waffenszene etablieren?“

2. Untergetauchte Rechtsextreme

Letzte Woche hat das Bundeskriminalamt erklärt, dass 159 Rechtsextreme in Deutschland mit Haftbefehl gesucht werden und flüchtig sind. In 125 Fällen handelt es sich um rechtskräftig verurteilte Rechtsextreme, die untergetaucht sind, um ihrer Haftstrafe zu entgehen. In den restlichen Fällen sollen die Personen in Gewahrsam genommen werden, um das Strafverfahren sicherzustellen. Bei 7 Personen handele es sich um „untergetauchte rechte Gewalttäter“, das heißt rechtsextrem motivierte Gewalttäter: Drei von ihnen sind bereits rechtskräftig wegen politisch rechts motivierter Gewalttaten zu Haftstrafen verurteilt worden, vier sollen zur Sicherstellung des Strafverfahrens in Gewahrsam genommen werden.

3. Neue Strategie: Rechtsextreme terrorisieren Einzelpersonen

In den letzten Wochen kam es zu einer Häufung von gezielten Angriffen auf Einzelpersonen u.a. in Fürth, Weißenhohe, Ansbach und Weißenburg. Wir sehen in diesen Delikten mit offensichtlich rechtsextremem Hintergrund eine Strategie-Änderung der Neonazis nach Niederlagen beim sogenannten „Kampf um die Straße“. Mit Aufmärschen in bayerischen Städten und Gemeinden, bei denen ihnen bisher häufig der Weg von der Polizei freigeräumt wurde, versuchen Rechtsextreme seit Jahren, Macht zu demonstrieren und Schrecken zu verbreiten. Dank hartnäckigem und zunehmendem Widerstand der örtlichen Bevölkerung nicht nur in Gräfenberg und Wunsiedel, sondern auch in anderen bayerischen Kommunen, sind sie mit diesem Versuch, den öffentlichen Raum zu besetzen, gescheitert. Deshalb greifen Neonazis zusätzlich zu einer individuellen Einschüchterungstaktik. Mit diesem Strategiewechsel versuchen sie, Angst zu verbreiten und ein neues Machtpotential zu erproben.

Es begann mit besorgniserregenden Drohungen gegen Mitglieder von Bürgerinitiativen, Bürgermeister oder andere, die sich ihnen entgegenstellen: u.a. in Gräfenberg, Coburg, den Landkreisen Aschaffenburg und Neumarkt sind 2009 Einzelpersonen bedroht worden. Nachdem diese massiven Drohungen bekannt wurden, haben wir Grünen Anfragen an den Innenminister gestellt und ihn auch in Briefen aufgefordert, bedrohte Personen zu schützen. Jetzt lassen Neonazis dem Bedrohungsszenario offenbar Taten folgen. Es handelt sich um Anschläge mit Ansage. Dem Innenminister ist es nicht gelungen, den Bedrohten Schutz zu garantieren. Von den Urhebern der damaligen Drohungen konnte kein einziger ermittelt werden. Auch jetzt zeigt sich die Polizei hochkooperativ, hat aber bis jetzt keinerlei Ermittlungserfolg erzielen können.

Dabei wird der Angriff auf den Vorsitzenden der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg und langjährigen Sprecher des Bürgerforums Gräfenberg auch von den Polizeibehörden als Grenzüberschreitung und weitere Eskalationsstufe wahrgenommen.

4. Terrorgruppe als Ansporn

Wer erwartet hatte, dass Neonazis nach dem Bekanntwerden der rechtsextremen Mordserie erst mal stillhalten und aus taktischen Gründen Abstand halten, sieht sich getäuscht.

Die neue Welle von Gewalttaten zeigt, dass sie sich offensichtlich ermutigt fühlen. Übergriffe gegen Personen aus der sogenannten „Antifa“, ihr Eigentum oder ihnen zugeordnete Einrichtungen, gibt es schon seit etlichen Jahren. Auch sie häufen sich in diesen Wochen.

Es entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck, als habe die Mordserie und die Ahnungslosigkeit und offenbare Hilflosigkeit der Behörden die Neonazis in Bayern erst angestachelt, richtig loszulegen. Darauf verweisen auch Medienberichte, wonach Neonazis bei einem Aufmarsch in München sich direkt auf die Mordserie beziehen (SZ 23.1.12 „Rechtsradikale spielen Melodie von ‚Paulchen Panther‘“).

Konsequent und entschlossen gegen rechtsextreme Bedrohung

Angesichts dieser Gefahren ist es völlig unverantwortlich, dass Innenminister Herrmann glaubt, so weitermachen zu können wie vor Bekanntwerden der Mordserie. Dass die fünf Morde in Bayern jahrelang nicht aufgeklärt werden konnten, ist ein Debakel für die innere Sicherheit in Bayern. Aber auch bei den übrigen rechtsextremen Straftaten werden die Täter meist nicht ermittelt, nur selten kommt es zu Verurteilungen.

Deshalb muss die Staatsregierung ihre Anstrengungen hier deutlich intensivieren. Es darf nicht sein, dass die Neonazis dem Staat auf der Nase herumtanzen und Teile unserer Bevölkerung beständig in ihrer Sicherheit bedrohen. Deshalb fordern wir den Innenminister auf,

1. die Gefahren des Rechtsextremismus endlich ernstzunehmen: Wir fordern mehr Aufmerksamkeit für rechtsextreme Gewalttaten und entschlossenes Handeln von Polizei und Staatsanwaltschaft. Die Aus- und Weiterbildung in Hinblick auf das Identifizieren und Erfassen von sowie die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Aktivitäten muss verstärkt werden;
2. den Repressionsdruck zu erhöhen: Die einzelnen Täter müssen aus der Anonymität geholt und der Kontrolldruck erhöht werden. Kontaktverbote müssen konsequent durchgesetzt werden. Es ist für blamabel, wenn ein Polizeisprecher die Kontrolle des Kontaktverbots „sehr schwierig“ nennt (SZ 23.12.11): „Womöglich, sagt er, seien die Nazi-Gegner von Aida ‚näher dran‘ an den Rechtsextremisten. Sprich: Sie kennen sie besser als die Polizei“;
3. die Fahndung nach „untergetauchten“ Rechtsextremen zu intensivieren;
4. intensiver zu ermitteln: Möglicherweise wäre es nicht zu den Anschlägen der letzten Wochen auf bekannte Neonazi-Gegner gekommen, wenn man 2009 energischer versucht hätte, die Urheber der Drohschreiben zu ermitteln. Der Innenminister muss sich auch anlasten lassen, dass er den damals angekündigten Schutz offenbar nicht konsequent genug durchgehalten hat. Wir erwarten, dass diesmal besser gearbeitet wird;
5. Neonazis zu entwaffnen und ihnen nach Bremer Vorbild legale Waffen zu entziehen;
6. Bedrohte zu schützen und sich den Einschüchterungsversuchen entgegenzustellen: Dazu gehört, Bedrohungen öffentlich zu machen, Hinweisen konsequent nachzugehen und intensiv zu ermitteln, Polizeischutz zu stellen, aber auch, sich öffentlich zu solidarisieren;
7. Hilfen für Betroffene zu gewährleisten: Dazu gehören nichtstaatliche Opferberatungsstellen, ein Entschädigungsfonds, eine Anlaufstelle für PolizistInnen, die Opfer rechtsradikaler Angriffe sind, ein Zeugenschutzprogramm mit einer Zeugenschutzdienststelle auf Landesebene, in den Polizeidienststellen flächendeckend Opferschutz anzubieten und die Sensibilität von PolizistInnen und StaatsanwältInnen im Erkennen rechtsradikaler und rassistischer Gewalt zu stärken;
8. endlich umfassend über Gefahren und Aktivitäten von Rechtsextremen öffentlich aufzuklären.